

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michau.

28. Jahrgang, Wien Freitag, den 13. Jänner 1922.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 13. Jänner 1922.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung. Er erklärt die Geschäftsstücke 58 und 71 als abgesetzt, die Geschäftsstücke 1 - 4, 6 - 15, 17 - 20, 22 - 24, 26 - 34, 37 - 46, 48 - 50, 52, 57, 59, 60, 62 - 69, 73, für angenommen.

VB. Emmerling unterbreitet den Antrag den Güterdienst auf den Strassenbahnlinien Wien - Stammersdorf und Floridsdorf - Greßenzersdorf mit Einführung des elektrischen Betriebes vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesministeriums für Verkehrswesen einzustellen, und begründet dies hauptsächlich damit, daß Einnahmen von 3.7 Millionen Ausgaben von 22 Millionen Kronen gegenüberstanden. Da aber trotzdem eine Reihe von Güterverbindungen aus diesen Gebieten in das Herz von Wien zu führen für die Gemeinde von Interesse ist, wurde eine Vereinbarung getroffen, daß dieser Güterdienst durch die Landesbahnen übernommen werden soll.

GR. Angeli (chr. soz.) wendet ein, daß dadurch eine wesentliche Vertiefung des Güterverkehrs eintreten würde. Man sollte doch der produzierenden Landbevölkerung in der Form entgegenkommen, daß man etwa in den Morgenstunden an die elektrischen Züge ein Lery für Güter anhängt. Seine Partei könne sich für dem vorliegenden Antrag nicht begeistern und werde daher dagegen stimmen.

VB. Emmerling verweist in seinem Schlussworte darauf, daß der Güterverkehr in den meisten Stationen dieser Strecken so gering sei, daß dessen Aufrechterhaltung eine Vergeudung von Gemeindegeldern bedeuten würde, worauf der Referentenantrag angenommen wird.

VB. Emmerling berichtet über die Notwendigkeit der Erhöhung des Sachkredites für das 20.000 PS Dampfturbinenaggregat im Kraftwerke Simmering der Elektrizitätswerke um weitere 260.850.000 Kronen, die er selbst den höheren Auslagen für Löhne, Material mit der Steigerung der tschechoslowakischen Krone begründet.

GR. Vaugoin (chr. soz.) sagt, die Ueberschreitung um 260 Millionen sei wie VB. Emmerling selbst erklärt habe, im Zusammenhange mit der Steigerung der tschechischen Krone. Nun sei es doch selbstverständlich, daß sich jeder Kaufmann bei Abschluß eines Geschäftes in der betreffenden Valuta eindecke. Wenn man dies nicht tue, unternehme man eine Valutakulation, die kein reeler Kaufmann am wenigsten aber die Gemeinde Wien machen dürfe. Ueber so herrende Summen könne man nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern müsse Aufklärung verlangen.

Der Referent sagt in seinem Schlussworte, daß GR. Vaugoin von unrichtigen Voraussetzungen ausgehe, da es sich nicht um den Kauf von Aggregaten handle.

Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen.

VB. Emmerling berichtet über den Rechnungsabschluss des Brauhauses, der mit einem Gebarungüberschuss von 171.703 K abschließt, der sich aus den Einnahmen mit 17'9 Millionen und Ausgaben mit 17'7 Millionen Kronen ergibt. Allerdings könnte man sagen, daß dieser Überschuss bei einer Erzeugung von 154.000 hl Bier ein kleiner ist. Die Bilanz zeigt aber auch entsprechende Reservierungen, es wurden Bauten aufgeführt und technische Verbesserungen vorgenommen. Dies

müsse bei der Beurteilung der Bilanz in Betracht gezogen werden.

Der Bericht wird genehmigt.

VB. Emmerling referiert über den Rechnungsabschluss der Gaswerke 1919/20, der Gesamteinnahmen von 673'6 Millionen und Gesamtausgaben 667'8 Millionen Kronen, also einen Gebarungüberschuss von 5'7 Millionen aufweist. Es wurden rund 153 Millionen Kubikmeter Gas abgegeben, für die öffentliche Beleuchtung rund 8'2 Millionen Kubikmeter. Von den Nebenprodukten konnten große Quantitäten abgegeben werden, besonders Koks. Die Länge des Rohrnetzes hat sich nicht wesentlich verändert, dagegen haben die Kosten der öffentlichen Beleuchtung eine wesentliche Steigerung erfahren. Auch beim Gaswerk wurden entsprechende Reserven vorgesehen.

GR. Preyer (Chr. Soz.) bemängelt, daß der Rechenschaftsbericht den Gemeinderäten erst kurz vor der Sitzung zugekommen sei, sodaß es unmöglich ist, denselben zu kennen. Redner kritisiert die öffentliche Straßenbeleuchtung, die er „wie in dem ärgsten Krähwinkel“ nennt und die alles zu wünschen übrig lasse. Er spricht auch gegen die Ueberlassung des Betriebsratzimmers im Gebäude der Gaswerke an Arbeiterräte für eine Versammlung.

Der Referent weist im Schlussworte darauf hin, daß die Straßenbeleuchtung seit Kriegsende wesentlich besser geworden sei, wenn auch zugegeben werden müsse, daß sie nicht so sei, wie vor dem Kriege, was sich die Gemeinde eben jetzt nicht leisten könne. Die öffentliche Beleuchtung beansprucht 460 Millionen Kronen im Jahr und wird eine Verbesserung dort, wo es unbedingt notwendig ist, durchgeführt werden. Wegen des Betriebsratlokales werde der Referent eine Prüfung der Angelegenheit anordnen.

Der Rechnungsabschluss wurde genehmigt.

VB. Emmerling berichtet weiterüber den Verwaltungsbericht und die Bilanz der städtischen Elektrizitätswerke für 1919/20 mit einem Gebarungabgang von 60.4 Millionen Kronen, dann über den Verwaltungsbericht Rechnungsabschluss und die Bilanz der städtischen Strassenbahnen mit einem Gebarungabgang mit 81.6 Millionen, über den Rechnungsabschluss der städtischen Kraftstellwagenunternehmung über das Verwaltungsjahr 1919/20, über den Verwaltungsbericht und die Bilanz der städtischen Leichenbestattung für die Zeit vom 1. Juli 1919 bis 30. Juni 1920, schließlich über den Rechnungsabschluss der städtischen Lagerhäuser für das Geschäftsjahr 1919/20 mit einem Gebarungabgang von 21.5 Millionen Kronen.

Die Berichte werden ohne Debatte genehmigt.

Der Vorsitzende Bürgermeister Reumann macht von der Mandatniederlegung des amtsführenden StR. Julius Grundwald Mitteilung und gibt bekannt, daß die Mehrheitspartei zur Wahl den Gemeinderat Anton Weber vorschläge. Die Wahl wird sogleich mittels Akklamation vorgenommen und GR. Weber zum amtsführenden Stadtrat gewählt. Er leistet nach der Erklärung, daß er die Wahl annehme, vor dem versammelten Gemeinderate das Gelöbnis.

Hierauf unterbricht der Bürgermeister die Sitzung auf kurze Zeit, während welcher der Stadtsenat zusammentritt und der StR. Weber zum amtsführenden Stadtrat und Vorsitzenden in der Verwaltungskommission Sozialpolitik und Wohnungswesen ernannt wird.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird sodann St.R. Anton Weber zum geschäftsführenden Stadtrat der Gruppe VII gewählt.

Hierauf werden einige weitere Wahlen vorgenommen.

GR. Speiser (Soz-Dem) berichtet über die zweite Zuwendung für die Pensionsparteien der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen für Dezember 1921.

GR. Doppler (Chr-Soz) sagt, er wolle nicht über das sprichwörtliche Pensionistenelend neuerlich sprechen, doch müsse er dazu Stellung nehmen, daß in der Pensionistenfrage die erhoffte Regelung noch immer nicht eingetreten sei. Die Dringlichkeitsanträge seiner Partei seien dahin beantwortet worden, daß bis Jahresschluß in einer Vorlage diese wichtige Frage werde beseitigt werden, wenn seitens des Bundes das Pensionistengesetz bis dahin erledigt sei. Der Bund habe seine Aufgabe getan, doch müsse mit großem Bedauern festgestellt werden, daß seitens der Gemeinde bis heute diese versprochene Vorlage nicht vorgelegt worden sei. Es sei zwar sehr hübsch, wenn Vorschüsse gegeben werden, doch endlich müsse diese Frage erschöpfend geregelt werden. Die Partei des Referenten möge in der Gemeinde die sie im Nationalrat gestellt hat und jene Anträge, womit sie zeigen wolle, daß ihr die Pensionisten besonders am Herzen liegen, verwirklichen.

GR. Holáubek (Chr-Soz) bemängelt es, daß in dem vorliegenden Antrage nur die Schematisten berücksichtigt werden. Es sei die höchste Zeit, daß die Frage aller Pensionisten im Einvernehmen mit den maßgebenden Faktoren geregelt werde, wenn man nicht wolle, daß diese Leute elend zugrundegehen.

In seinem Schlußwort weist der Referent darauf hin, daß die Verhandlungen wegen Regelung der Pensionistenfragen sowohl der aus Pensionisten aus dem Schematismus als auch der aus den Kollektivverträgen bald zum Abschlusse kommen dürften.

Der Referentenentwurf wird genehmigt.

StR Speiser (Soz-Dem.) berichtet über die Schaffung der obligatorischen Krankenfürsorgeanstalt für die städtischen Angestellten und Bediensteten mit dem Tage des Wirksamkeitsbeginnes der Anstalt treten die bisherigen Bestimmungen über die Krankenfürsorge der städtischen Arbeiter und Bediensteten außer Kraft. Es bleiben lediglich einige Bestimmungen aufrecht. Der Gemeinderat gewährt der Krankenfürsorgeanstalt einen unverzinslichen Betriebsverschuss von 2 Millionen Kronen.

GR. Doppler (Chr-Soz) erklärt, mit dieser Reform werde ein bedeutsames Werk geschaffen, es sei nur zu bedauern, daß es nicht schon früher ins Leben gerufen würde. Dem Bundesangestellten ist es gelungen, schon vor Jahresfrist diese Anstalt zu errichten. Die Gemeinde Wien hätte also in diesem Falle schon rascher zugreifen können. Redner übt dann an den einzelnen Bestimmungen der Vorlage Kritik, bezeichnet sie vielfach als mangelhaft und gibt der Meinung Ausdruck, daß manche Fragen durch die Satzungen nicht gelöst erscheinen. Redner stellt Abänderungsanträge betreffend die Zusammensetzung des Verwaltungsrates und sagt, daß seine Partei nur dann für die Vorlage stimmen könne, wenn die Abänderungsanträge angenommen werden.

GR. Untermüller (Chr-Soz) nennt die Vorlage ein unzureichendes Elaborat, das höchstens genügen könne, als Provisorium angesehen zu werden. Redner kritisiert die Zusammensetzung des Verwaltungsrates von der er sagt, daß es nicht angehe, daß eine solche Körperschaft durch Delegation bestimmter Organisationen gebildet werde. Nur bei Annahme der Anträge Dopplers könne man mit der Vorlage einverstanden sein.

GR. Dr. Grün (Soz-Dem) sagt, wer Krankenversicherungs-gesetze studiert habe, der wisse, daß bei der Schaffung so großer sozialer Einrichtungen kein entgeltliches Wort gesprochen werden könne, sondern daß sie einer Reihe von Änderungen unterworfen sind die sich aus der Not der Verhältnisse entwickeln und es sei selbstverständlich, daß auch bei dieser Krankenfürsorgeanstalt, wenn sich die Notwendigkeit von Änderungen herausstellen sollte, man nicht zögern werde, dieser Notwendigkeit Folge zu leisten. Wenn Gemeinderat Untermüller gesagt habe, daß drei Jahre verstrichen seien, ehe diese Anstalt zustande kam, so sei dies noch immer besser, als 25 Jahre lang überhaupt nichts zu tun. Die Behauptung des Gemeinderates Doppler, daß es sich im vorliegenden Falle nicht um freie Arztwahl handle, sei richtig. Aber das pauschalierte Ärztesystem habe sich durch viele Jahre als gut erwiesen. Es sei zwar von einer Reihe von Ärzten, die davon leben, die Kassenärzte zu verdächtigen, angegriffen worden. Aber das pauschalierte Ärztesystem habe nur den einen Fehler gehabt, daß die Ärzte zu wenig bezahlt wurden. Kassenärztestreiks, wie der jetztige, seien nicht nur bei sozialdemokratischen Krankenkassen zustande gekommen. Uebrigens wolle Redner die Mitteilung machen, daß dieser Streik mit dem heutigen Tage beigelegt sei. Außer dem pauschalierten Ärztesystem gebe es das System der unbeschränkten freien Arztwahl. Dies sei jedoch unsinnig und in Deutschland nach kurzer Zeit eingegangen. Ein weiteres System sei das der beschränkten freien Arztwahl, ein viertes das der Schadensversicherung und dieses sei in der jetztigen Krankenversicherung enthalten. Dieses besteht darin, daß man jeden Arzt rufen könne, aber nur ein Teil der Kosten zurückbekommt. Gegenüber den Äußerungen der Gemeinderäte Doppler und Untermüller müsse Redner sagen, daß es in Krankeninstituten niemals einen Kampf der Meinungen gebe, wenn jemand krank sei, werde nicht geschaut, ob er sozialdemokratisch oder christlichsozialkrank sei. Man möge die Angelegenheit nicht durch unnütze Anträge verzögern, sondern die Anträge des Stadtsenates annehmen und wenn sich nach einer Probezeit die Notwendigkeit von Änderungen ergeben werde, dann werden diese auch durchgeführt.

Nachdem Gemeinderat Doppler auf die Ausführungen des Vorredners kurz erwidert hatte, erklärt der Referent Speiser in seinem Schlußwort, daß die Vorlage ein Werk der Vertreter der Bedienstetenorganisationen sei und in voller Demokratie vorbereitet wurde. Es könne ohne weiteres zugegeben werden, daß die Vorlage Mängel enthalte, deren Abstellung durch die Erfahrungen im Laufe der Zeit werde erfolgen können. Die Minorität werde vier Vertreter in den Verwaltungsausschuß entsenden, also reichlich Gelegenheit haben, auf die Mängel in der Krankenordnung aufmerksam zu machen. Der Referent ersucht, die Vorlage, die einen gewaltigen sozialen Fortschritt bedeutet, anzunehmen.

Bei der Abstimmung werden die Abänderungsanträge Dopplers, die vorwiegend eine Abänderung des Wahlmodus zum Gegenstande haben, abgelehnt und die Vorlage hierauf unverändert angenommen.

In den Verwaltungsausschuß der Anstalt werden vom Gemeinderate folgende Mitglieder durch Wahl entsendet: Dr. Grün, Grünwald, Heitzinger, Käthe Königstein, Schön, Speiser, Dr. Tandler, Weigl, Doppler, Dr. Haas, Dr. Alma Motzko, Untermüller.

St. R. Speiser berichtet weiter (-Geschäftsstücke 106 - 112) über Zuwendungen für städtische Bedienstete. Die bezüglichen Anträge werden angenommen.

St. R. Breitner referiert über die Beteiligung der Gemeinde an der Erhöhung des Aktienkapitals der vereinigten Drogengroßhandlung G. & R. Fritz-Petzold & Süss A.G., die Referent damit begründet, daß mit dem Handel dieser Firma auch eine großzügige Manipulation mit Drogen in Verbindung steht, die sonst nirgends im Osten Europas verkehrt. Das Interesse der Gemeinde an dieser Gesellschaft ist auch darin begründet, daß die Gemeinde durch ihre Anstalten und durch die Teilhaberschaft am Krankenanstaltenfond ein Großkassament auf dem Gebiete der Drogen ist.

GR. Zimmerl (chr. sez.) weist darauf hin, daß die in Rede stehende Firma eine reine Warenhandelsaktiengesellschaft ist und dass es nicht einzusehen sei, welches Interesse die Gemeinde an einer Handelsgesellschaft habe. Der Antrag beinhaltet auch, daß der Länderbank das Verkaufsrecht eingeräumt werden soll, was nicht einzusehen ist und was beinhaltet, daß die Gemeinde die Aktien nicht lange behalten wolle. Alle Referate aber, die von Beteiligungen an Kapitalerhöhungen handeln, beinhaltet eine versteckte Sozialisierung. Die Stadt hat kein Geld und sucht auf alle möglichen Arten Steuern zu bekommen, aber Aktienkäufe führt sie durch. Die Stadt hat kein Geld, sie besteuert sogar die Lebensmittelzuschüsse, indem sie sie der Fürsorgeabgabe unterwirft. Der Bund hat auch die Einhebung der Einkommensteuer von den Lebensmittelzuschüssen abgesehen, die Gemeinde aber braucht das Erträgnis der Fürsorgeabgabe von den Lebensmittelzuschüssen und der Finanzreferent hat erklärt, dass er diese Fürsorgeabgabe für die Lebensmittelzuschüsse der städtischen Angestellten brauche, die Gemeinde kauft aber Aktien, welche Käufe bis jetzt <sup>schon</sup> <sup>Millionen</sup> viele Hunderte/Kronen ausmachen. Seine Partei sei daher nicht in der Lage für die Verlage zu stimmen.

GR. Erntner (Deutschnational) erklärt, seine Partei sei dagegen, daß sich die Gemeinde Wien an Aktienunternehmungen beteilige. Die Steuergelder, die insbesondere aus der Fürsorgeabgabe stammen, sollten zu andern Zwecken verwendet werden. Der Antrag, daß die Länderbank diese Aktien <sup>der Gemeinde</sup> von/ erwerben könne, deutet darauf hin, daß die Gemeinde Wien die Aktien der Länderbank zuschanzen wolle, weil diese nicht in der Lage sei, selbst die Aktien zu bekommen. Die Gemeinde mache hier den polnischen Juden, um Provisionen einzuheimsen. Die <sup>Steuergelder</sup> seien aber nicht dazu da, um Börsenjobberei zu betreiben. Die Gemeinde solle den Bogen nicht zu straff spannen, sonst werde sie durch ihre Steuerpolitik eine Unmenge Arbeitsloser schaffen. Redner erklärt zum Schluss, daß er und seine Parteigenossen für diesen Antrag nicht stimmen werden.

Der Referent St. R. Breitner kommt in seinem Schlussworte auf die Ausführungen der Vorredner zurück und erklärt, daß die Minorität solchen Beteiligungen der Gemeinde Wien an Aktiengesellschaften in dem einen Falle zustimme, während sie in dem anderen Falle darin eine Korruption erblicke. Die Majorität denke nicht daran, ihren Aktienbesitz jemals zu verkaufen. Es ist sehr verfehlt von der Gegenseite und besonders gefährlich von Industriellen, wenn sie bei solchen Gelegenheiten leichthin mit der Verweigerung von Steuern drohen, mit einer Waffe, die sich leicht gegen sie selbst kehren könnte. Auf die Angriffe des Gemeinderats Erntner sei nur zu entgegen, daß ~~xxx~~ ~~xxxx~~ die Regierung gerade jetzt im Nationalrate Vorlagen eingebracht habe, durch welche eine ganz ungeheure Verteuerung von Monopolartikeln erfolgt.

Die Vorlage wird hierauf angenommen.

GR. Hies (Soz-Dem) erstattet das Referat über die Zuwendung von Subventionen an Korporationen, die der Kunst und Wissenschaft, sowie dem Wohlfahrtswesen dienen und an Heimats- Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften in der Gesamthöhe von 15,780.000 K. Es war nicht möglich, allen Wünschen in dieser Richtung nachzukommen. Sowohl im Finanzausschuss als auch im Stadtsenat sei über alle Subventionsangelegenheiten eingehend beraten worden und man könne mit gutem Gewissen sagen, daß ohne Rücksicht auf die politische Stellung der Vereine und Anstalten, die hier in Betracht kommen, die Subventionen bemessen worden sind. Der Referent begründet nun die Höhe einzelner Subventionen und ersucht schließlich, der Gemeinderat möge einen Zuschusskredit in der angegebenen Höhe bewilligen.

GRin Dr. Motzko (Chr-Soz) sagt, daß der Referent die fünf Millionen Kronen für die Universität besonders hervorgehoben hat, was aber nicht soviel ist, wenn daneben der Verband für freiwillige Jugendfürsorge vier Millionen bekommt. Es ist eine traurige Tatsache, wenn das Ausland in erster Linie Hilfe für die Universität bringen soll. Die Gemeinde hätte auf ganz andere Art Sorge für die Universität zu hegen. Rednerin beantragt für die Universität zehn Millionen Kronen einzusetzen. Der Referent habe auch den Grundsatz aufgestellt, daß nur jene Volkabildungsvereine subventioniert werden sollen, die einer neutralen Richtung angehören, oder sozialdemokratisch sind. Es muß bemängelt werden, daß die christlichen Volksbildungsvereine nicht berücksichtigt wurden. Allerdings ist es hier möglich, daß diese noch wegen des Abschreckungssystems Winter überhaupt nicht eingereicht haben. Bei den Fürsorgevereinen kann aber der Standpunkt der Neutralität nicht aufrechterhalten werden, weil sie alle für ein gewisses Ziel und von einem gewissen Grundsatz aus arbeiten. Durch das Abschreckungssystem des Vorjahres allerdings ist es möglich eine ganze Reihe von Erziehungsanstalten auszuschließen. Ein Schlag gegen die christliche Fürsorge wurde dadurch geführt, daß der Verband für freiwillige Jugendfürsorge vier Millionen Kronen bekommen soll, der Charitasverband aber nichts. Rednerin beantragt, auch dem Charitasverband vier Millionen Kronen zu gewähren. Das Sparen bei den Fürsorgevereinen ist kein Sparen, da man bei deren Umgehung bei Subventionen daran denken muß, wieviel Volksgut hierdurch zugrunde geht.

GR. Angermayer (chr. sez.) gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß die drei deutschen Vereine: Deutscher Schulverein, Ostmark und Südmark von der Liste gestrichen wurden. Es mache einen eigentümlichen Eindruck, daß von dem Zeitpunkte an als die Sozialdemokratie ~~xxxx~~ zur Herrschaft gelangt sei, so wenig Verständnis der deutschen Schriftvereine an den Tag gelegt werde. Er hoffe, daß sich die Mißverständnisse bezüglich des Deutschen Schulvereines klären und dieser Verein doch noch in entsprechender Weise subventioniert werde, bezüglich der Ostmark und der Südmark stellt Redner den Antrag diese beiden Schutzvereine mit je 50.000 K zu unterstützen.

GRin Kurzbauer (chr. sez.) sagt, es wäre im Interesse der Gemeinde den Verein christlicher Ehen zu unterstützen, da dieser viel dazu beitragen würde Ehen zu sanieren und dadurch den Kindern ihre Väter zu geben, während sonst solche Kinder der Gemeinde zur Last fallen. Ferner ersucht die Rednerin den Kirchenmusikverein entsprechend zu subventionieren und die Subvention des Greisenasyles wesentlich zu erhöhen.

GR. Erntner (Deutschnational) gibt auch seinem Befremden Ausdruck, daß die deutschen Schutzvereine keine Berücksichtigung fanden. Deutsche Heimkehrer aus Russland sind in Danzig und Berlin glänzend empfangen und bewirtet worden, in Wien aber hat man sich um sie nicht gekümmert, sie in elenden Baracken untergebracht und mit einer Bagetelle abgespeist. So wurden deutsche Landeskinder im deutschen Wien behandelt. Es ist geradezu unerhört, daß sie den Verband der Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen die Subvention verweigern und daß sie den Deutschen Schulverein und die Südmark nicht mit der geringsten Gabe bedenken. (Zahlreiche Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten). Das zeigt daß Sie kein Nationalgefühl haben, wenn Sie den Bedrängten Volksgenossen in den Grenzgebieten nichts zuwenden wollen.

Im weiteren Verlaufe der Rede Erntners kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Deutschnationalen und Sozialdemokraten, die sich gegenseitig mit Beleidigungen überschütten.

GR. Angeli (chr. soz.): (Zu den Sozialdemokraten). Es ist für Sie gar nicht ehrenvoll, daß Sie in einer so ernsten nationalen Angelegenheit nur Spott und Hehn übrig haben.

GR. Eldersch (Soz.-Dem.): Was mischen Sie sich in die Sache hinein und werfen sich zum Anwalt dieser Leute auf. Wir brauchen keine Belehrungen in nationalen Dingen.

GR. Angeli (chr. soz.): Euch fehlt eben das deutsche Volksbewusstsein.

GR. Panesch (chr. soz.): Judenschützer seid Ihr. Das ist Eure nationale Stärke.

GR. Schmölzer (Chr. soz.): Die ganze Sache wird noch auf Euren Rücken ausgehen, das merkt Euch.

GR. Eldersch (Soz.-Dem.): Machen Sie sich nicht lächerlich mit dieser Komödie. (Zahlreiche Zwischenrufe auf beiden Seiten. Versitzender VB. Hess gibt wiederholt das Gleckenzeichen und mahnt zur Ruhe.)

GR. Feldmann (Deutschnational) (Zu GR. Reismann): Einen parteimässigen Wohnungsschwindel habt Ihr aufgeführt. (Eine Wechenschrift, den Wiener Volksboten verweisend) Hier lesen Sie, hier steht Ihre Schande.

GR. Reismann (Soz.-Dem.) (mit geballten Fäusten gegen Feldmann losgehend:) Was, Sie behaupten, daß ich Protektion ausgeübt habe? Das ist eine infame Verleumdung!

GR. Schleifer (Soz.-Dem.) Es ist eine Unverschämtheit zu behaupten, daß wir niemanden als Beisitzer zulassen.

GR. Reismann (Soz.-Dem.) (zu Feldmann): Ein feiger Verleumder sind Sie! Ein Kretin. (Großer Lärm und zahlreiche Zwischenrufe auf allen Seiten.)

GR. Erntner: Dieser Zwischenfall zeigt, auf welcher Höhe das Volkgefühl der Sozialdemokraten steht. Sie haben für die Bedrängten Volksgenossen in den bedrängten Volksgebieten nur Hehn und Spott übrig. Aber ihre eigenen Parteigenossen, die deutsch fühlen und denken, dessen Sie unfähig sind, werden Ihnen schon die richtige Antwort geben. Dass ich gerade jene Ihrer Parteimitglieder den Mund am meisten zerreißen, die keine Deutschen sind, die aus Tarnopol stammen und diese Sitten hierher verpflanzt haben, ist nicht weiter verwunderlich.

Der Lärm und die Zwischenrufe halten noch eine Weile an, worauf GR. Erntner seine Rede beschliesst und beantragt dem deutschen Schulverein, der Südmark, dem Hilfsverein für Deutschböhmen und dem Landesverband für Kriegerwitwen und-Hinterbliebene je 250.000 K Subvention zu gewähren.

GRin. Amalie Pölzer (Soz.-Dem.) sagt, daß immer Kritik geübt werde und bei jeder Gelegenheit gesagt, daß das, was getan wurde, zu wenig ist. Zur Zeit der christlichsozialen Herrschaft bekam die Rettungsgesellschaft 1000 Kronen. Die Mutterschutzstellen und die lungenkranken Kinder wurden mit Subventionen bedacht, allerdings nicht der Verein für christliche Ehen, da die Mehrheit keine religiösen und christlichen Ehen und auch keine Zivilehen kenne, sondern nur die, die aus der Liebe zwischen zwei Menschen entstehen und die brauchen keine Unterstützung. Auch dem Kuratorium für Kriegerwitwen sind Zuwendungen gemacht worden. Wenn heute nahezu 16 Millionen Kronen aus Subventionen gegeben werden, so ist damit die Tätigkeit der Gemeinde in Unterstützungen für dieses Jahr nicht beendet, denn es werden immer wieder Unterstützungssuchen einlaufen, die gewis nicht unberücksichtigt bleiben, wenn die Unterstützungsbewerber im Interesse der Bevölkerung arbeiten. Dass gewisse nationale und religiöse Vereine nicht gefördert werden, liegt im Wesen ihrer Partei.

In seinem Schlusswort erwidert der Referent auf die in der Debatte vorgebrachten Wünsche und erklärt, die Abänderungsanträge nicht annehmen zu können.

GR. Schleifer (soz. dem) berichtet tatsächlich, daß er den Dr. Buber nicht inhuman behandelt habe und erklärt, daß er jeden, der ihm diesen Vorwurf nochmals entgegenhalte, rücksichtslos klagen werde.

GR. Feldmann (Deutschnational) berichtet tatsächlich, er habe in seinen Zwischenrufen lediglich festgestellt, daß in Meidling bei der Berufung der Beisitzer Protektion betrieben, weil der deutsch-nationale Vertrauensmann nicht zugezogen wurde, während Herr Reismann diesen Sitzungen beigezogen worden ist.

GR. Reismann (Soz.-Dem) berichtet tatsächlich, es habe sich in den Zwischenrufen des GR. Feldmann gar nicht darum gehandelt,

GR. Reismann (Soz.-Dem.): Ich berichtige tatsächlich, es hat sich in den Zwischenrufen meines Kollegen gar nicht darum gehandelt, daß ich als Beisitzer fungieren sondern er hat mir die Rufe „Wohnungsschwindler und Wohnungsschieber“ zugerufen.

GR. Feldmann: Das ist nicht wahr!

GR. Reismann: Das haben Sie gesagt! Sie haben auch behauptet, daß ich im Mietamt XII nur zum Zwecke sitze um meine Protektionskinder unterzubringen. Daraufhin habe ich geantwortet, wenn Sie mir nichts beweisen können, sind Sie ein feiger Verleumder. Und ich halte das aufrecht (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich wurde zum Beisitzer ernannt als ich noch nicht Gemeinderat war. Wenn es nun auffällt, daß ich nun gegenüber dem deutschnationalen Bezirksrat Bayreuther öfter daran komme, so liegt das darin, daß ich als Vertreter der Zuweisungskommission bei den Einspruchsverhandlungen fungieren muß. Der GR. Feldmann soll sich künftighin besser informieren, dann wird er erfahren, daß nur im magistratischen Bezirksamt die Zuweisung zustandekommt.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge genehmigt, die gestellten Abänderungsanträge dagegen abgelehnt.

Die Sitzung wird sodann geschlossen.